Beilage
zur Sitzung des Sozialausschusses
am 06.02.2025

Drogen-Check als Präventionsmaßnahme // Änderung des Betäubungsmittelgesetzes
Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 25.07.2023

1. Hintergrund

Im Sommer 2023 hat der Deutsche Bundestag eine bundesweite Regelung zu Drug-Checking-Modellen beschlossen.

Der Bund gibt nun den Ländern die Möglichkeit, Drug-Checking-Modelle einzuführen. Die Drogenhilfeakteure in Nürnberg befürworten die Einführung eines Modellprojektes im Stadtgebiet, um Gesundheitsgefahren zu minimieren.

Am 25.07.2023 beantragte die SPD-Stadtratsfraktion, die Verwaltung solle Gespräche mit der bayerischen Staatsregierung (Ministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention) führen, um die Umsetzbarkeit von Drug-Checking-Modellen in Nürnberg zu besprechen. Darüber hinaus soll mit Fachleuten und im Rahmen des Forschungsverbundes des Nürnberger Drogenhilfemodells ein wissenschaftlich fundiertes Konzept von Drug-Checking-Modellen in Nürnberg erstellt werden.

Der Antrag wird im Folgenden beantwortet.

2. Stellungnahme des Bayerischen Ministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention

Eine Anfrage an das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention zur Erlassung einer landesspezifischen Rechtsverordnung gemäß §10b Betäubungsmittelgesetz (BtMG) zur Umsetzung von Drug-Checking-Modellprojekten wurde erstmals von SHA am 17.01.2024 gestellt.

Im April 2024 fand ein Treffen zwischen SHA und der neuen bayerischen Suchtbeauftragten Frau Dr. Decker aus dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention – Referat 54 Suchtprävention im Zuge eines ganztägigen Besuches in Nürnberg statt. Das Treffen diente zum gegenseitigen Kennenlernen sowie der Vorstellung des Nürnberger Drogenhilfesystems. Die Träger der Drogenhilfe wurden hierzu eingeladen und es fand ein gemeinsames Gespräch statt. Darüber hinaus konnte Fr. Dr. Decker sowie ihr Kollege über einen Besuch bei Hängematte e.V.- Notschlafstelle und Hilfen für Drogenkonsumierende und im Frauencafe bei Lilith e.V. – Drogenhilfe für Frauen und Kinder einen vertieften Einblick in die Suchthilfelandschaft vor Ort gewinnen.

Bei ihrem Besuch in Nürnberg wurde auch über Möglichkeiten zur Einführung von Drug-Checking Angeboten und eventuelle Spielräume für Nürnberg gesprochen. Bei dem Gespräch wurde deutlich, dass es derzeit keine Erfolgsaussichten für eine Umsetzung geben wird. Dennoch sollte eine erneute Anfrage an das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention gestellt werden.

Dies erfolgte seitens SHA am 04.11.2024, woraufhin am 17.12.2024 eine ablehnende Antwort des Staatsministeriums einging.

Die Antwort beinhaltet, dass die Staatsregierung Drug-Checking Angeboten skeptisch gegenübersteht, da selbst ein qualifiziert durchgeführtes bzw. hochwertiges Drug-Checking, dessen Ergebnis in der Regel nicht kurzfristig vorliegt, keine umfassende Sicherheit für Konsumierende bieten kann und diese damit in falscher Sicherheit wiegt. Selbst wenn nachgewiesen wird, dass bekannte Sub-

stanzen, Verunreinigungen und Streckmittel nicht enthalten sind, schließt dies nicht aus, dass andere toxische Stoffe vorkommen, die ggf. nur mit einer zusätzlichen speziellen Analytik nachzuweisen wären.

Es ist daher seitens des Freistaates Bayern derzeit nicht vorgesehen, die für die Durchführung eines Modellprojektes erforderlichen Voraussetzungen (Rechtsverordnung) zu schaffen. Aus Sicht der Staatsregierung gilt es zunächst die Ergebnisse etwaiger Modellprojekte in anderen Bundesländern abzuwarten.

3. Studie „Gesundheitsförderung durch evidenzbasiertes Drug-Checking in Nürnberg“

Prof. Dr. Christian Ghanem von der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm (Forschungsprofessur Straffälligen- und Suchthilfe) konnte in Kooperation mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften Ansbach sowie der Paracelsus Medizinischen Privatuniversität Nürnberg eine Forschungsförderung über das Bundesministerium für Bildung und Forschung für eine Projektlaufzeit vom 01.12.2024 – 31.05.2026 in Höhe von 360.000 Euro erwirken. Das Forschungsprojekt lautet „Gesundheitsförderung durch evidenzbasiertes Drug-Checking in Nürnberg (EviDriN)“ und hat zum Ziel, Kenntnisse über tatsächlich konsumierte Substanzen in Nürnberg und Entwicklungstrends (Teilprojekt A) zu eruieren sowie ein evidenzbasiertes Drug-Checking-Konzept für Nürnberg (Teilprojekt B) zu entwickeln.

Ein fundiertes Konzept und eine Evidenz zu Drug-Checking könnte aus Sicht der Verwaltung und der am skizzierten Forschungsvorhaben beteiligten beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hilfreich bei der Erwirkung einer Landesverordnung sein. Auch wenn dies nicht unmittelbar geschehen sollte, kann das Projekt zur Öffentlichkeitsarbeit beitragen. Aus wissenschaftlicher Perspektive entsteht ein Mehrwert hinsichtlich des (1) systematischen Zusammentragens wissenschaftlicher Erkenntnisse zu Drug-Checking, (2) der Systematisierung der Expertise bestehender Angebote in anderen Ländern und (3) der Anbindung an übergreifende Projekte.

Zur Gewinnung der Erkenntnisse soll unter anderem eine Analyse der Drogennotfälle vergangener Jahre am Klinikum Nürnberg (Blut/Urin/Akten) erfolgen. Ebenso sollen aktuelle Drogennotfälle und die verantwortlichen Substanzen erfasst werden und damit abgeglichen werden, was der Patient/die Patientin dachte, konsumiert zu haben. Selbiges soll mit Spritzenrückständen erfolgen. Weiterhin soll eine systematische Literaturanalyse sowie eine User-Befragung stattfinden. Darüber hinaus soll eine Kosten-Nutzen-Analyse (Social Return on Investment) für Drug-Checking Angebote erfolgen.

Lilith e.V. sowie mudra e.V. sind in das Forschungsprojekt eng mit einbezogen und werden an dem Projekt mitwirken (bspw. über Mitarbeit bei der Erhebung für Substanzanalyse und frauenspezifischen Bedarfen). Weiterhin findet eine enge Einbindung der Stadtverwaltung (Sozialamt) statt. Das Projekt kann somit als Teil des Nürnberger Drogenhilfemodells verstanden werden und ist entsprechend in die Strukturen eingebettet.

Prof. Dr. Christian Ghanem sowie seine Projektpartnerinnen und Partner laden im April zu einer Fachveranstaltung ein, um ein Fachpublikum sowie interessierte Stadträtinnen und Stadträte über das Projekt und die Inhalte sowie gegebenenfalls erste Erkenntnisse zu informieren. Eine gesonderte Einladung wird den Mitgliedern des Sozialausschusses der Stadt Nürnberg über das Sozialamt rechtzeitig zugehen.

Nürnberg, Januar 2025
Amt für Existenzsicherung und
soziale Integration - Sozialamt